

BUFO

3.2019

Bundesforum – Das Magazin der Katholischen
Landjugendbewegung Deutschlands

CITIZENSHIP

Und die Welt steht dir offen



KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
Deutschlands



Eva-Maria Kuntz

Referentin für Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit
sowie Jugendpolitik
e.kuntz@kljb.org

Liebe Leser*innen,

Staatsbürger*innenschaft – das ist ein ziemlich sperriges und vielleicht erst mal trockenes Wort. Dabei steckt darin vieles, was wir als Europäer*innen für selbstverständlich erachten. Ich weiß noch genau, wie stolz ich war, mit 16 Jahren endlich meinen ersten Personalausweis – den „Perso“ zu erhalten. Mir war damals schon bewusst, dass es etwas Besonderes ist, einen Ausweis zu besitzen; ich fand es toll, ihn an der Grenze vorzuzeigen, fühlte mich wichtig dabei. Aber eigentlich ist das doch total normal? Für die meisten Menschen schon, aber es gibt auch jene, die keinen Ausweis haben, die keinem Staat angehören – eigentlich unvorstellbar, oder? Bürger*in eines Staates zu sein, bringt viele Privilegien aber auch Verantwortung mit sich. Denn es reicht nicht einfach nur, einen Ausweis zu besitzen; er fordert uns auch dazu auf, an der Gestaltung unseres Staates teilzunehmen, und nimmt uns beispielsweise in die Pflicht, wählen zu gehen. Das war nicht immer so. Früher waren wir keine Staatsbürger*innen sondern Untertan*innen. Da wurden wir von Menschen regiert, die wir uns nicht aussuchen konnten, und Mitspracherecht hatten wir schon gar nicht – und auch das ist in manchen Ländern heutzutage noch Realität. In diesem Heft wollen wir das Konzept des Staatsbürger*innentums einmal genau unter die Lupe nehmen!

Im September 2019 war es endlich wieder soweit! Wir haben neue Image-Fotos für die KLJB gemacht, dieses Mal ging es zur KLJB-Pfarrkirchen aus dem Diözesanverband Passau. Dabei ist auch dieses Foto mit Dominik Klobeck als Titelmodel entstanden. Vielen Dank lieber Dominik und liebe KLJB Pfarrkirchen für diesen unvergesslichen und spannenden Tag!

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch

Eva-Maria Kuntz

Eva-Maria Kuntz



BUFO 4.2019

Klare Kante gegen Extremismus

Als demokratischer Jugendverband beziehen wir als KLJB klare Kante gegen Extremismus. Doch inwiefern gefährden extremistische Positionen die Demokratie und welche Formen von Extremismus gibt es eigentlich? Antworten auf diese und weitere Fragen erwarten euch im kommenden BUFO, in dem wir uns mit dem Schwerpunkt Extremismus beschäftigen.

SCHWERPUNKT



- 4 Staatsbürger*in sein, ist das nicht nur eine Formalität?
- 6 „Wir werden Europäer*innen und Weltbürger*innen werden“
- 8 Bürger*in sein
- 10 Das Verhältnis zwischen Bürger*in und Staat
- 12 Die Staatsbürger*innen und der Staat
- 14 Staatenlose – unsichtbar und ausgeschlossen
- 16 KLJB-Umfrage: Bist du Deutsche*r, Europäer*in, Weltbürger*in?
- 18 Freiheit ohne Grenzen = Grenzenlose Freiheit?

BUNDESEBENE



- 20 Die KLJB bei den Zwischenverhandlungen zur COP 25
- 22 Projekt „Tacheles!“ gewinnt Preis der DBK
- 23 Die Landjugend im Umweltministerium
- 24 Für Jugendliche? Mit Jugendlichen!
- 25 MIJARC Europa-Trainingskurs
- 25 MIJARC Europa-Generalversammlung & -Seminar

BUFO VOR ORT



- 26 KLJB Freiburg: Der AKEC stellt sich vor!
- 26 KLJB Bayern: Mehr Teilhabe bei Digitalisierung auf dem Land!
- 27 KLJB München und Freising: Fühl di FreiHeid – Pfingsttreffen
- 27 KLJB München und Freising: 720 Stunden Pflastern
- 28 KLJB Mainz: Boungiorno Brebbia!
- 28 KLJB Augsburg: KLJB Augsburg auf der Allgäuer Festwoche
- 29 KLJB Regensburg: Fit für die KLJB
- 29 KLJB Osnabrück: Landwirtschaftliche Studienreise nach Schottland
- 29 Nachgedacht
- 30 Tipps
- 31 Personalia & Termine



Impressum:
BUFO – Das Magazin der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands e. V. (KLJB)
Herausgeberin: Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e. V. (KLJB), www.kljb.org **Redaktion:** Eva-Maria Kuntz, Stephan Barthelme, bufo@kljb.org **Verantwortlich für den Schwerpunkt:** Simon Rempe, s.rempo@kljb.org **Korrektorat:** Marion Pinnen
Fotos: KLJB-Bundesstelle (sofern nicht anders gekennzeichnet). Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des*der Verfasser*in wieder, die sich keinesfalls mit der Meinung des Verbandes decken muss. Wir erlauben uns, eingereichte Artikel zu kürzen.
Verlag: Landjugendverlag GmbH, Drachenfelsstraße 23, 53604 Bad Honnef, Tel.: 02224.9465-0 **Layout:** WWS, Aachen, www.wws-web.de
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier mit ölfreien, umweltfreundlichen Druckfarben bei der Druckerei Siebengebirgsdruck in Bad Honnef.

STAATSBÜRGER*IN SEIN, IST DAS NICHT NUR EINE FORMALITÄT?





Stephan Barthelme
KLJB-Bundesvorsitzender
s.barthelme@kljb.org

Immer wieder höre ich: „Ich fühle mich nicht wirklich als Deutsche*r“. „Ich fühle mich als Europäer*in“. „Ich bin Weltbürger*in“. Und auch ich identifiziere mich oft nicht so sehr mit meinem Land. Zur Fußballweltmeisterschaft kommt dieses Gefühl dann vielleicht wieder hoch, aber Zugehörigkeit oder gar Stolz empfinde ich ansonsten nur selten, denn ich fühle mich tatsächlich mehr als Europäer. Doch wie sind wir als Menschen, die in Deutschland leben und Bürger*innen der Bundesrepublik Deutschland sind, eigentlich mit diesem Staat verbunden? Was macht es faktisch aus, deutsch zu sein? Was leistet der Staat für mich? Welche Freiheiten habe ich und was wird im Gegenzug von mir gefordert?

Ich bin im unterfränkischen Stammheim aufgewachsen und habe meine Jugend dort verbracht. Entsprechend fühle ich mich als Franke. Durch die KLJB hatte ich die Chance, über den Tellerrand zu schauen. Seither bereise ich leidenschaftlich die Welt. Ob auf internationalen Treffen der MIJARC, mit unseren Freund*innen der MRJC oder ganz privat. Andere Kulturen erkunden und in neue Welten eintauchen erweitert den Horizont und macht dabei eine Menge Spaß.

Erst in der Fremde erkennt man sich selbst. Das trifft nicht nur auf die eigene Persönlichkeit und die eigene Kultur zu, sondern auch auf das politische und soziale System, in dem man aufgewachsen ist. Dabei fallen mir immer wieder kleine und große Dinge auf, die mir im Alltag völlig normal vorkommen und denen ich dort keine Beachtung schenke, die ich jedoch im Ausland erst zu schätzen lerne. Darunter fällt zum Beispiel das Sozialsystem. Natürlich habe auch ich mich bei meinem ersten Job zuerst gewundert, wo denn das ganze Geld hin ist, das ich doch verdiene. Doch von irgendetwas muss das Sozialsystem in Deutschland schließlich finanziert werden. Dafür sind Steuereinnahmen für unseren Staat entscheidend. Jede*r von uns beteiligt sich so an Krankenkassen, der gesetzlichen Rente und dem Bildungssystem. Auch der Ausbau und Erhalt von Infrastruktur wie Straßen und Schienen sowie Strom und Wasserversorgung gehören dazu. Am entscheidendsten ist jedoch die soziale Grundsicherung. Auch wenn diese natürlich noch besser gestaltet sein kann, ist sie nicht zu verachten. Wer in Deutschland seine Arbeit verliert oder vorübergehend nicht ausüben und nicht für sich und seine Familie sorgen kann, hat das Recht auf eine entsprechende staatliche Unterstützung: Nicht nur finanziell sondern auch bei der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle oder entsprechend notwendigen Weiterbildungen. Bei aller Kritik an den Veränderungen des Sozialsystems in den letzten Jahrzehnten

fällt es uns oft schwer, dies dennoch wertzuschätzen. Wenn ich hingegen Menschen aus Ländern begegne, in denen kein solches Rettungsnetz existiert, stelle ich fest, wie gut es uns als deutsche Staatsbürger*innen eigentlich geht.

Wir genießen das Privileg, nicht nur finanziell gut gestellt zu sein, sondern dies auch für Reisen im In- und Ausland nutzen zu können. Das ist für uns möglich, da die Bundesregierung für deutsche Staatsbürger*innen Verträge mit anderen Ländern geschlossen hat, die die Ein- und Ausreise regeln. Innerhalb der Europäischen Union können wir uns so frei bewegen und in die meisten Länder können wir ohne viel Aufwand legal einreisen.

Und all das, weil wir ein wenig Glück hatten und uns diese Staatsbürger*innenschaft in den Schoß gefallen ist. Denn die meisten von uns sind durch ihre Geburt, ohne eigene Leistung, „Mitglied“ in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Natürlich wissen wir um diesen Umstand, doch es ist immer wieder sinnvoll, sich der eigenen Privilegien und auch der Pflichten, die einem dafür auferlegt werden, bewusst zu werden.

Durch den formellen Akt des „Mitgliedwerdens“, welcher klar im Grundgesetz geregelt wird, willigen wir ein, Teil dieses örtlich gebundenen Zusammenschlusses von Menschen zu sein. Als Mitglieder beachten wir die Spielregeln, die sich die Gesellschaft für ihr Zusammenleben gegeben hat. Als Teil eines demokratischen Staates gestalten wir diesen mit. Wir wählen unsere Repräsentanten*Repräsentantinnen für Regierungen, stehen zur Verfügung, wenn Wahlhelfer*innen benötigt werden, streiten mit anderen im demokratischen Diskurs und sind bereit, Kompromisse für eine gemeinsame Zukunft einzugehen. Als KLJBler*innen nehmen wir an all diesen Prozessen teil und treten für eine gerechtere, solidarische, nachhaltige und demokratische Weltordnung – beginnend im eigenen Land – ein. ❖❖



„WIR WERDEN EUROPÄER*INNEN UND WELTBÜRGER*INNEN WERDEN“

Sven Giegold sitzt für Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament. Als EU-Parlamentsabgeordneter beschäftigt er sich viel mit Demokratie und Transparenz in politischen Entscheidungen. Er versteht sich nicht nur als Bürger Deutschlands, sondern auch als Bürger Europas. Wir haben mit ihm über Staaten und Bürger*innentum gesprochen.



Foto: Parlement européen



Foto: Dominik Butzmann

Sven Giegold
ist Europäischer Parlamentsabgeordneter
in der Fraktion Die Grünen/EFA.
www.sven-giegold.de

Herr Giegold, Sie sind in Gran Canaria geboren und haben selbst viel im Ausland gelebt, studiert, gearbeitet. Inwieweit hat das Ihre Haltung und Ihr Verständnis von Bürger*innentum und nationalstaatlicher Zugehörigkeit geprägt?

Ich bin ja sehr viel deutscher dadurch geworden, dass ich im Ausland gelebt habe. So richtig merkt man erst im Ausland, wie viel wir Deutschen doch im Guten wie im Schlechten gemeinsam haben. Ich fühle mich im Land sehr wohl, aber gleichzeitig weiß ich auch eins: Die Zukunft der Demokratie liegt nicht im Nationalstaat allein, sondern in europäischer und internationaler Demokratie. Und das ist auch der Grund, weshalb ich mich auf der Ebene für mehr Parlamentarismus, für mehr Transparenz, stärkere demokratische Regeln und auch mehr Macht für die internationale Demokratie einsetze. Die Notwendigkeit für mehr Macht für internationale Demokratie sieht man in vielen Bereichen: bei den Flüchtlingen, beim Friedenserhalt weltweit und natürlich beim Klimaschutz. Heute Bürger*in zu sein, heißt eben niemals nur deutsche*r, französische*r oder chinesische*r Bürger*in, sondern immer auch europäische*r Bürger*in und Weltbürger*in. Aber Demokratie ist immer beides, sie fängt vor Ort an, braucht die Unterstützung vor Ort, aber sie kann lokal und national vieles nicht mehr lösen. Dann ist da die Frage: Wer bestimmt das, was dort geschieht? Bestimmen das die Firmen, die die meisten Lobbyist*innen bezahlen können oder bestimmen auch Zivilgesellschaft, Kirchen und Parlamente?

Welche Rechte und Pflichten von Bürger*innen sind für Sie besonders wichtig?

Es besteht das Recht auf menschenwürdige Behandlung: das gilt für alle, nicht nur für die Bürger*innen, die hier leben. Deshalb heißt es im Grundgesetz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und nicht nur „Die Würde des Deutschen

ist unantastbar“. Das ist das höchste Recht und damit verbunden sind die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit. Dies verpflichtet natürlich Bürger*innen dazu, für ein gutes demokratisches und soziales Gemeinwesen einzutreten.

Wie muss sich das Bürger*innentum verändern, um in der globalisierten Welt demokratisch partizipieren zu können?

Nationalstaaten werden immer mehr zu Mitgliedsstaaten. Das bedeutet, sie üben ihre Macht nicht mehr dadurch aus, dass sie alles alleine regeln, sondern dadurch, dass sie Mitglieder in internationalen Organisationen sind.

Das bedeutet, dass Länder wie Deutschland ihre Bürger*innen nicht nur an ihren eigenen Entscheidungen teilhaben lassen müssen, sondern auch an denen, die sie in internationalen Institutionen treffen. Wenn Deutschland beispielsweise Positionen in Gremien der EU oder der UN einnimmt, dann müssen diese im Vorhinein im Parlament diskutiert werden. Nur so werden sie auch zum Gegenstand von bürgerschaftlichem Engagement. Wenn Dinge nicht öffentlich gemacht werden, können Bürger*innen sich dort nicht beteiligen!

Auf europäischer Ebene werden wir uns zu Bürger*innen entwickeln müssen. Genauso wie im 19. Jahrhundert die Deutschen gelernt haben, Deutsche zu sein, werden wir Europäer*innen und Weltbürger*innen werden. Eine Europäische Republik wäre ein starkes Ziel. Nichtregierungsorganisationen und Verbände müssen lernen, selber zu internationalen Institutionen zu werden. Die alleinige internationale Vertretung durch Einzelne genügt nicht mehr.

Alle NROs, die Zukunft mitgestalten wollen, müssen internationale Orte schaffen, in denen sich Menschen einbringen können. Genauso wie es in allen Jugendorganisationen Deutschland-camps gibt, würde es überall Europacamps und europäische Gremien geben. Da man natürlich nicht ständig durch die

Gegend fahren kann, braucht es Beteiligung, die auf digitalen Tools wie einer Videoplattform oder in einer Telefonkonferenz abläuft, die aber genauso eine reale Beteiligung von Menschen an den Entscheidungen und an Ideenfindungen ermöglicht. Dafür benötigt es neben technischen Entwicklungen in der Simultanübersetzung vor allem den Ausbau von Breitbandinternet, ohne dessen eine solche Beteiligung nicht möglich ist.

Was empfehlen Sie jungen Menschen, wie den Mitgliedern der KLJB, um sich und ihrer Meinung Gehör zu verschaffen?

Dran bleiben, garstig bleiben. Nicht nur, weil wir Grünen jetzt stark gewählt worden sind, wird das alles. Wir haben es ja grade gesehen, die Kommissionspräsidentin hat das Klimaziel von 40 auf 50% erhöht; das ist auch ein Erfolg der Bewegung, wir benötigen jedoch mindestens 55% Einsparungen bis 2030, und wenn wir konsequent sind, noch mehr. Um das zu erreichen, brauchen wir die Jugendgenerationen, die sich nicht ins Bockshorn jagen lassen, sondern zu allen, die politisch Verantwortung tragen, die ökonomische Macht haben, garstig sind und konsequentes Handeln einfordern.

Was möchten Sie den Jugendlichen der KLJB noch mit auf den Weg geben?

Ich finde eigentlich nicht, dass Politiker*innen jungen Leuten Ratschläge geben sollten. Das sind schließlich auch „Schläge“. Ihr, die junge Generation, macht derzeit einen super Job. Mehr davon! Ich wünsche euch: Bleibt garstig und aufmüpfig.

Vielen Dank für Ihre Zeit und das spannende Interview!

Das Interview führte: Simon Rempe, Referent für Internationale Entwicklung an der KLJB-Bundesstelle.



Foto: Cesare Maccari [Public domain]



BÜRGER*IN SEIN

EINE HISTORISCHE DARLEGUNG

Jedes soziale Gebilde, das mehr als eine flüchtige Zufallskonstellation ist, besitzt Kriterien der Zugehörigkeit und Regeln darüber, ob und wie man dazugehören kann. Bei Familien, Sippen, Clans entsteht Zugehörigkeit durch Abstammung (man wird hineingeboren) und durch Wahl (Heirat). Bei Religionen erwächst Zugehörigkeit aus dem Vollzug von rituellen Handlungen (etwa Taufe), die freiwillig (Erwachsenentaufe) oder nicht (Kindstaufe) erfolgen können; aber auch kann es Betonung von Abstammung geben (z.B. im Islam oder Judentum). Religionen handhaben es durchaus unterschiedlich, ob und wie man die Gemeinschaft wieder verlassen kann. Nur durch individuelle Wahl tritt man einem Verein oder einer Partei bei.

Auch „Bürger*in sein“ ist nur eine Form von Mitgliedschaft, aber eine besondere. Denn Bürger*in zu sein, stellt eine existenzielle Form von Mitgliedschaft dar. Bürger*in zu sein, bedeutet die Mitgliedschaft in einem weltlichen politischen Verband; nur dieser kann Rechte für seine Mitglieder garantieren. Demokratische Teilhabe und Sicherheit nach außen gehörten dabei seit jeher zusammen. Die Verantwortung des*der Bürger*in – für die Polis, die Patria, das Land, die Nation – schließt die Sicherung durch Gewaltmittel als Ultima Ratio mit ein. Sonst bliebe der*die Bürger*in abhängig von anderen, bliebe er „unsouverän“.

Bürger*innenrecht erwirbt man durch Geburt oder durch Wahl (wenn man die Voraussetzungen erfüllen kann). Bekannt ist das Geburtsprinzip: Sei es durch Abstammung, die Jurist*innen nennen das *Ius sanguinis* (Blutsrecht), sei es durch die Geburt auf dem Boden des Staates (*Ius solis*). Zwei Prinzipien zeichnen jede „bürgerliche Ordnung“ aus: Bürger*in sein ist ein Rechtsstatus mit politischer Teilhabe, die Gleichheit der Bürger*innen im Innern. Es leben aber nicht nur Bürger*innen in der „bürgerlichen Gesellschaft“ (*Societas civilis*) als politischem Gemeinwesen. Diese aber gestalten den politischen Rahmen, sie setzen die Regeln des Miteinanders, sie haben besondere Rechte (Teilhabe) und Pflichten (Steuern zahlen, militärische Verteidigung). Neben und mit ihnen lebten immer Nichtbürger*innen – in der antiken griechischen Demokratie herrschten die (männlichen) Bürger im „Haushalt“ über ihre Frauen und Kinder, in der Polis über die rechtlosen Sklaven oder die Metöken (Freie ohne Bürgerrecht).

In den mittelalterlichen Städten dominierten die (männlichen) Stadtbürger gleichermaßen im Haus, in der Stadt lebten sie mit rechtlich vielfach abgestuften anderen Bewohner*innen zusammen, die in der Regel kein Bürgerrecht besaßen, etwa Juden*Jüdinnen, Landbewohner*innen in städtischen Diensten, Studenten (die ihre eigene Gerichtsbarkeit mit eigenen Sanktionsmöglichkeiten, dem „Karzer“, hatten), kirchlichen und staatlichen Herrschaftsträgern.

Im Zuge der Staatsbildung seit dem 16. Jh. wurden diese vielfach abgestuften Rechtsformen abgeschafft; es entstand eine weitgehend rechtlose Egalität der Untertan*innen. Im Gefolge der neuzeitlichen Revolutionen und Reformen seit dem 18. Jh. wurde der Untertanenbegriff politisch aufgeladen, wurde der*die Untertan*in zum*zur Bürger*in (im Französischen der *Citoyen*, im Englischen der *Citizen*, im Deutschen manchmal zum*zur Staatsbürger*in, meist aber blieb es hier bei der*beim bloßen Bürger*in). Diese politische Aufladung des Bürger*innenbegriffs ging einher mit einer Kritik an alten Ungleichheiten, etwa den feudal-ständischen, zum Teil auch einer Kritik der Geschlechterhierarchie oder der Religionen. Berühmte Schriften des 18. Jh. hießen „Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber“ (Theodor Gottlieb von Hippel) oder „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ (Christian Konrad Wilhelm Dohm). Das Versprechen der Emanzipation gegenüber Juden*Jüdinnen, Frauen und anderen war dabei immer ein Integrationsversprechen, unter der Voraussetzung, sich auf die geschriebenen und ungeschriebenen rechtlichen, sozialen und kulturellen Standards einzulassen, die alten Lebensmuster hinter sich zu lassen. Modern gesprochen: die Leitkultur bürgerlichen Miteinanders anzuerkennen. Zugleich wurden nun neue Ungleichheiten kritisiert, soziale Ungleichheit (Karl Marx) oder die Differenz zwischen „Mensch“ und „Bürger*in“ in verschiedenen Utopien.

Drei Spannungsverhältnisse begründen die Offenheit der bürgerlichen Gesellschaft seit der Antike. Gleichheit im Innern und Grenzziehung nach außen; Rechte und Pflichten; Offenheit nach außen bei Zumutung der Integration in das rechtliche und soziale Regelwerk. In diesem Sinn ist Aristoteles, der griechische Philosoph des 4. Jhd. v. Chr., ungebrochen aktuell. Der*die gute Bürger*in „muss sich sowohl regieren lassen als auch regieren können“. ☼☼

DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN BÜRGER*IN UND STAAT

Recht auf
freie Entfaltung

Gleichheit aller
vor dem Gesetz

Recht auf Asyl

Recht zu leben

Recht auf
körperliche
und
seelische
Unversehrtheit

Recht auf
Bildung

Glaubens-
freiheit

Unantastbare
Menschenwürde

Recht auf
politische Teilhabe

Recht auf gute
Lebensgrundlagen für
zukünftige Generationen

Versammlungs-
freiheit



GRUNDGESETZ
für die Bundesrepublik Deutschland

Bundeszentrale für politische Bildung



Meik Nowak
ist Referent für Jugend- und Erwachsenenbildung
beim Gustav-Stresemann-Institut e.V., Bonn.
www.gsi-bonn.de

Dieser Artikel ist als ein Impuls, über die eigene Staatsbürger*innenschaft nachzudenken, zu sehen. Bezogen auf aktuelle Entwicklungen wie der weltweit immer eingeschränkteren Zivilgesellschaft, antidemokratischer Strömungen in Europa und der Welt sowie der wiederkehrenden Diskussionen um die Europäische Union sind die Fragen nach „Was macht Bürger*innen aus? Welche Verpflichtungen gehen wir als Bürger*innen eines Staates ein? Und wie verändert sich dies durch die Europäische Union?“ von höchster Bedeutung.

Eine Betrachtung und Reflexion des (Staats-)Bürger*innentums aus gesellschaftspolitischer Sicht muss die Privilegien, die Staatsbürger*innen genießen, und die damit einhergehenden Verpflichtungen beleuchten. Diese Reflexion, dieses Beantworten der Frage nach den Charakteristika von „Bürger*in sein“, eröffnet eine andere Sicht auf die eigenen Privilegien als Staatsbürger*in der BRD und auch als Bürger*in Europas. Hierbei geht dieser Artikel nicht auf die menschenrechtliche Dimension der Grundrechte ein und auch der staatsrechtliche Ansatz – bezogen auf Verfassungssubjekte und -objekte – wird nicht näher verfolgt. Dieser Artikel soll zum Nachdenken anregen und auf den Aspekt von Staatsbürgerschaft sowie den damit einhergehenden Pflichten und Kosten hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Verortung und dem demokratischen Engagement hinweisen.

Um das Privileg der Staatsbürgerschaft näher zu beleuchten, ist es neben der reinen Definition des „Bürgerlichen“ an sich auch wichtig, das Verhältnis zum Staat bzw. der Staatsform zu sehen und diese Verbindung auch bewusst mitzudenken. Wir gehen im Kontext der „Citizenship“ ideal-typischerweise von Menschen in liberalen, offenen und pluralen Demokratien mit funktionierenden Zivilgesellschaften und einer wie auch immer gearteten Öffentlichkeit aus. Dies ist eine Wunschvorstellung, die aktuell wenig mit der Realität übereinstimmt. Um etwas weiter auszuholen: Gemeinhin gelten als Schlüsselgrößen des Verhältnisses Bürger*in – Staat/Politik in der Demokratie erstens „politische Einstellungen“, zweitens die „politische Kommunikation“ und drittens die „politische Partizipation“. Das Forschungsfeld „Citizen Politics“ beschäftigt sich daher mit der Frage, wie individuelle und kollektive politische Akteure und Akteurinnen am politischen Leben teilnehmen, wie sie also in die Herstellung und Durchsetzung der für die gesamte Gesellschaft verbindlichen Entscheidungen einbezogen sind. Im weitesten Sinne geht es dabei um die Analyse zweier Aspekte des Verhältnisses der (Staats-)Bürger*innen zur Politik, ihrer Einstellungen und ihrer Verhaltensweisen.

Bezogen auf das Jahr 2019 lässt sich festhalten, dass der Begriff der „Staatsbürgerschaft“ mittlerweile eine Institution der europäischen Rechtsgeschichte ist, aber immer noch unterschiedlich ausgeprägt ist. „European Citizenship“ ist eine Art symbolische Einheit verschiedener Rollen der Menschen in den politischen Systemen Europas. Denn das eigentliche europäische Citizenship steht bereits in unseren Reisepässen – neben der Angabe des jeweiligen Mitgliedslandes.

Aber das bedeutet keine völlige Integration von Menschen im Rahmen der Staatsbürgerschaft, denn die Individualisierung der Lebensvollzüge verändert die Identitätsgefühle in allen europäischen Ländern. Für den Nationalstaat gibt es auch in der Europäischen Union noch kein Substitut. Staatsbürger*in zu sein bedeutet primär auch immer einen wichtigen Ausschlussmechanismus mitzudenken: So sind zwar alle Bürger*innen als Menschen gleich und haben die gleichen Grundrechte – aber auf der Ebene der Staatsbürger*in sind sie zwar gleich, aber doch verschieden.

So lassen sich vier Ausprägungen von Staatsbürgerschaft im europäischen Kontext festhalten: der Rechtsstaat, wo die Grundrechte, vor allem die Habeas-Corpus-Rechte, für alle auf einem Territorium Lebenden gelten; dann der Nationalstaat, der die Staatsangehörigkeit nur für „Volksangehörige“ vergibt und daher eine weitergehende Exklusion vorantreibt. Als Drittes ist der Wohlfahrtsstaat zu nennen, welcher eine Inklusion auch von Migrant*innen und Asylsuchenden und selbst für jene, denen Staatsbürger*innenrechte entzogen wurden, zu erreichen versucht, und zuletzt der „demokratische Staat“, in dem Partizipationsrechte abgestuft sind in Rechte nur für Staatsbürger*innen, einzelne Rechte für EU-Bürger*innen und gelegentlich auch kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer*innen.

Die Rechte und Pflichten von Staatsbürger*innen lassen sich in diesen vier Ausprägungen wiederfinden – essentiell für das Verständnis von Staatsbürgerschaft ist jedoch das individuelle Verhältnis „Bürger*in – Staat“, welches aktuell vor einer weiteren Transformation – weg vom Nationalstaat, hin zu einem transnationalen Politikverständnis der EU – steht. ❖❖

DIE STAATSBÜRGER*INNEN
UND DER STAAT

Was macht uns eigentlich zu Staatsbürger*innen und was bedeutet das genau? Welche (Reise-)Freiheiten gehen damit einher? Wir haben ein paar interessante Facts gesammelt!

REISEN

Ist der deutsche Reisepass wirklich der „mächtigste“ der Welt? Die Tabelle zeigt an, welche Länder den höchsten Mobilitätswert haben, also mit welchem Pass man die größte Reisefreiheit genießt.

		Mobilitäts- wert	Kein Visum erforderlich	Visum bei Ankunft	Visum erforderlich
1	Ver. Arab. Emirate	177	118	59	21
2	Deutschland	169	128	41	29
	Finnland	169	127	42	29
	Luxemburg	169	127	42	29
	Spanien	169	125	44	29
3	Niederlande	168	125	43	30
	Südkorea	168	121	47	30
	USA	168	117	51	30
	+7 weitere				
4	Schweden	167	127	40	31
	Frankreich	167	126	41	31
	+5 weitere				
90	Irak	36	6 30	162	
92	Afghanistan	34	5 29	164	

Quelle: www.passportindex.org, Stand: 26.09.2019

Bürger*innen des Schengen-Raums können innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten ohne Personenkontrollen die Grenze überschreiten und dürfen sich für Besuchsreisen 90 Tage im anderen Land aufhalten.
 Quelle: Auswärtiges Amt (www.auswaertiges-amt.de)

Zum Arbeitsuchen und Arbeiten dürfen EU-Bürger*innen sich unbegrenzt im EU-Ausland aufhalten und wohnen. Dabei haben sie das Recht auf Gleichberechtigung mit anderen Bürger*innen des Aufenthaltslandes und erhalten Zugang zu dessen Sozialsystem.
 Quelle: Europäische Kommission (ec.europa.eu)

STAAT

Nach Georg Jellinek zeichnet sich ein Staat durch drei Elemente aus:



Territorium:

Es besteht ein festes, definiertes Gebiet mit klaren Grenzen.



Bevölkerung:

Eine Gruppe von Menschen fühlt sich diesem Staat zugehörig.



Physisches Gewaltmonopol:

Es ist ausschließlich staatlichen Organen erlaubt, physische Gewalt auszuüben oder zu legitimieren.



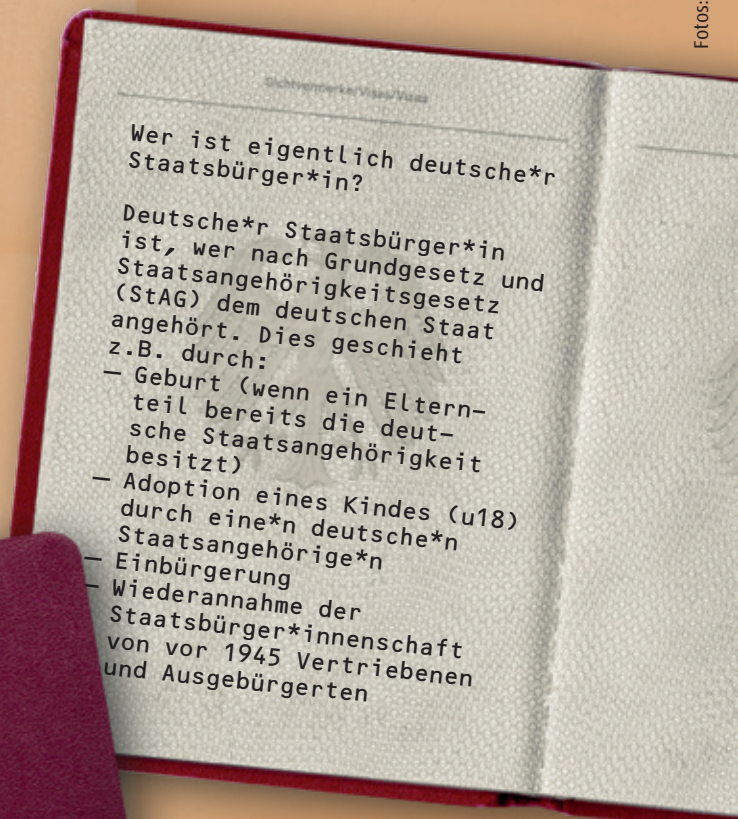
Das Zusammenleben in einem Staat wird durch Gesetze geregelt. Diese entstehen – je nach Staatsform – auf unterschiedliche Weise. In Deutschland, in einer repräsentativen Demokratie, werden diese durch gewählte Repräsentant*innen verhandelt und beschlossen.

Happy Birthday, Grundgesetz!

Dieses Jahr feiern wir
70 Jahre Grundgesetz,
welches allen Menschen
ganz entscheidende
Grundrechte einräumt.
(siehe Seite 10)

STAATS- BÜRGER*IN

Jeder Mensch hat das Recht auf
eine Staatsangehörigkeit. Diese darf
gewechselt, jedoch nicht willkürlich
entzogen werden. (vgl. Art. 15 Allge-
meine Erklärung der Menschenrechte
der Vereinten Nationen)



Wer ist eigentlich deutsche*r
Staatsbürger*in?

Deutsche*r Staatsbürger*in
ist, wer nach Grundgesetz und
Staatsangehörigkeitsgesetz
(StAG) dem deutschen Staat
angehört. Dies geschieht
z.B. durch:

- Geburt (wenn ein Eltern-
teil bereits die deut-
sche Staatsangehörigkeit
besitzt)
- Adoption eines Kindes (u18)
durch eine*n deutsche*n
Staatsangehörige*n
- Einbürgerung
- Wiederannahme der
Staatsbürger*innenschaft
von vor 1945 Vertriebenen
und Ausgebürgerten

Für alle Rechte, die Bürger*innen in
der BRD haben, gibt es auch Pflichten,
z.B. Steuern zu zahlen, um das Sozial-
system und den Staat zu finanzieren,
oder auch als Wahlhelfer*in zur Verfü-
gung zu stehen.

**Eine Demokratie braucht
Demokrat*innen! – Um die Vorteile
der Demokratie weiterhin genießen
zu können, bedarf es Menschen,
die diese mit Leben füllen, wählen
gehen, ihre Meinung äußern und den
politischen Diskurs gestalten.**





Sophia Stockmann
ist Referentin für Migration und Integration
beim Deutschen Caritasverband e.V.
www.caritas.de

STAATENLOSE – UNSICHTBAR UND AUSGESCHLOSSEN

Die Welt besteht aus Staaten. Kaum ein Fleck auf der Erde existiert, den nicht ein Staat für sich in Anspruch nimmt. Auch ein Großteil der Weltbevölkerung hat eine Staatsangehörigkeit, sie sind Bürger*innen eines Landes. Staatsangehörige werden in vielfältiger Weise geschützt. Sie erhalten Unterstützung, wenn sie aufgrund von Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit nicht für sich sorgen können. Der Staat stellt Schulen, Universitäten, Straßen und die Polizei bereit. Auch im Ausland können sich Staatsangehörige auf die Unterstützung ihrer Botschaften verlassen.

Doch was ist mit Staatenlosen – also mit Menschen, die keine Staatsangehörigkeit haben? Sie können sich nicht auf den Schutz eines Staates verlassen. Staatenlose können nicht reisen und haben in vielen Ländern der Welt keinen Zugang zum Gesundheitswesen, zu Schulen und zu Sozialleistungen. Da sie oftmals kein sicheres Aufenthaltsrecht an ihrem Wohnort haben, ist es ihnen erschwert, legal zu arbeiten, zu heiraten und eine Wohnung zu mieten. Staatenlose Kinder können in vielen Ländern nicht in die Schule gehen. Sie und ihre Familien sind von Armut, Ausbeutung, Willkür und Abschiebungen bedroht.

Der UNHCR schätzt, dass weltweit rund 10 Millionen Menschen staatenlos sind, mit Bestimmtheit wissen sie von 3,5 Millionen Staatenlosen. Staatenlosigkeit entsteht auf viele verschiedene Arten: So wurden tausende Menschen durch den Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens zunächst staatenlos, da sie nicht die notwendigen Dokumente zum Erwerb der Staatsangehörigkeit des Nachfolgestaats vorlegen konnten oder sich bis zu einem bestimmten Stichtag nicht registriert hatten.

Die größte Ursache für Staatenlosigkeit ist aber Diskriminierung, z.B. aufgrund des Glaubens, des Geschlechts oder der ethnischen Zugehörigkeit. Ein Beispiel ist die muslimische Volksgruppe der Rohingya im mehrheitlich buddhistischen Myanmar. Seit 1982 können Rohingya ihre Staatsangehörigkeit nicht mehr an ihre Kinder weitergeben.

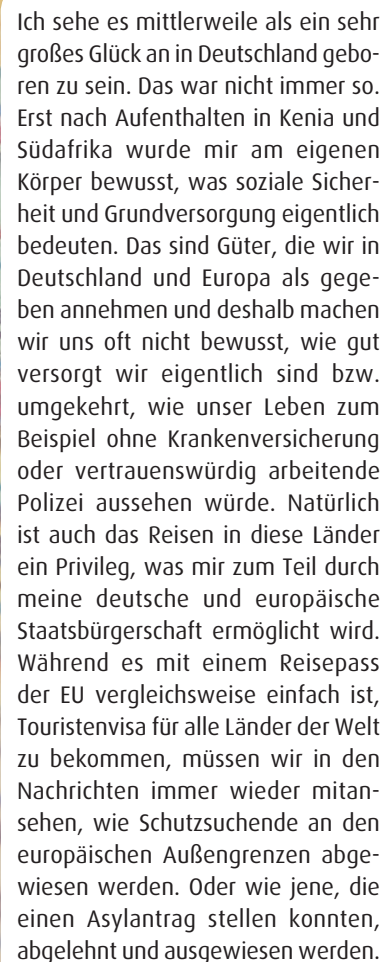
Diskriminierung aufgrund des Geschlechts führt in Syrien zur Staatenlosigkeit, wo die Staatsangehörigkeit nur über den Vater weitergegeben wird. Verschwindet oder verstirbt der

Vater des Kindes vor der Geburt, ist das Kind nach der Geburt staatenlos, da die Mutter ihre syrische Staatsangehörigkeit nicht weitergeben kann. Im aktuellen Krieg sind tausende Männer verschwunden oder verstorben, sodass deren Kinder staatenlos geboren wurden. Verschärft wird das Risiko der Staatenlosigkeit dadurch, dass zahlreiche Syrer*innen Schutz in den Nachbarstaaten suchen mussten. Dort können sie ihre Neugeborenen nur registrieren lassen, wenn beide Eltern anwesend sind und eine Heiratsurkunde vorliegt. Für Familien, die vom Krieg zerrissen wurden und die allen Besitz verloren haben, ist dies nicht zu erfüllen.

Im Kontext globaler Flüchtlingsbewegungen und Konflikte hat die Zahl der Staatenlosen auch in Deutschland zugenommen. Im deutschen Ausländerzentralregister sind im Juli 2019 knapp über 26.000 Staatenlose eingetragen. Viele dieser Personen haben einen humanitären Schutzstatus, da sie in ihrem Heimatland verfolgt oder bedroht wurden, darunter zahlreiche kurdische oder palästinensische Flüchtlinge aus Syrien, die nie eine Staatsbürgerschaft hatten.

Deutschland und weitere Staaten haben die Übereinkommen der UN zur Rechtsstellung der Staatenlosen von 1954 und zur Verminderung der Staatenlosigkeit von 1961 unterzeichnet. Staatenlose dürfen daher in Deutschland nicht schlechter gestellt werden, als andere Ausländer*innen. Um weitere Staatenlosigkeit zu vermeiden, können sich Staatenlose vereinfacht einbürgern lassen.

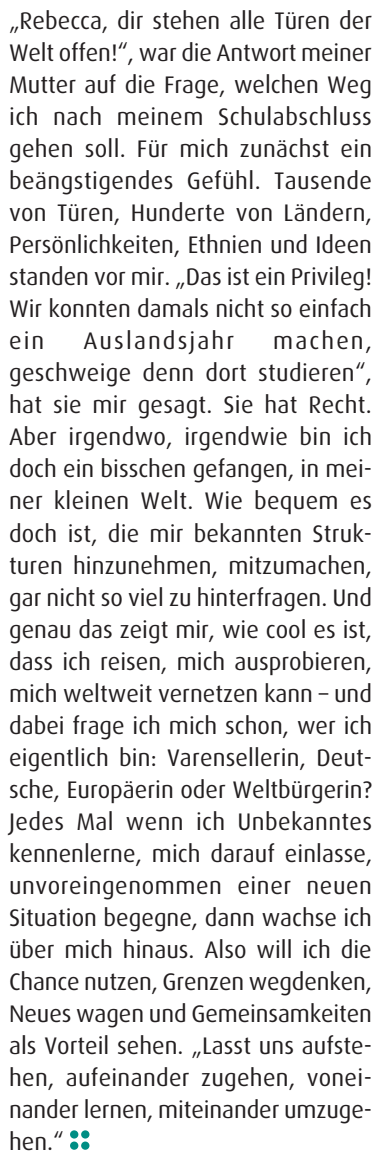
Zusätzlich zu den 26.000 Staatenlosen in Deutschland kommen aber 75.000 Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Diese können ihre Staatenlosigkeit nicht mit offiziellen Dokumenten nachweisen. Zwar ist nicht ausgeschlossen, dass sie irgendwo auf der Welt das Recht auf eine Staatsangehörigkeit hätten. Diese Staatsangehörigkeit zu klären und die passenden Papiere zu erhalten, ist oft aber kompliziert und zieht sich über Jahre hin. Ohne geklärte Staatsangehörigkeit können die Betroffenen nicht eingebürgert werden, sie können nicht heiraten und oft scheitert bereits der Versuch, ein Bankkonto zu eröffnen. Gleichberechtigung und Teilhabe für alle, die auf Dauer in Deutschland leben, bleibt eine Herausforderung, die wir gemeinsam angehen müssen. ❖❖



In diesem Sinne sollte man sich meiner Meinung nach öfter einmal fragen, was unser Staat für uns tut und was er für Personen mit anderer, außereuropäischer Staatsbürgerschaft nicht tut und warum es dieses Gefälle überhaupt gibt. 🍀

ANDREAS BRÜTTING
DIOZESANVORSITZENDER DER KLKB BAMBERG

DEUTSCHER 
EUROPÄER
WELTBÜRGER



REBECCA KOBUSCH
DIÖZESANVORSITZENDE DER KLUB PADERBORN

DEUTSCHE 

EUROPÄERIN 

WELTBÜRGERIN 



Europa ist eine Gemeinschaft und das bedeutet mir sehr viel. Ich mache keine Unterschiede aus welchem Land jemand kommt und welche Hautfarbe jemand hat. Wir haben seit 70 Jahren keinen Krieg mehr gehabt und das Fundament dafür legt jede*r einzelne als ein Teil des Ganzen. Darauf können wir stolz sein und uns als Ziel setzen, dies auch weiter auszubauen. Ich bin stolz ein Teil meiner Region und Deutschland zu sein, aber am liebsten bin ich EU-Bürger. 🍀🍀

JUSTUS KATHMANN
KREISVORSITZENDER DER KLB CLOPPENBURG
UND MITGLIED IN DER KOMMISSION
FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE
ENTWICKLUNG DER MIJARC EUROPA

DEUTSCHER 

EUROPÄER 

WELTBÜRGER 

FREIHEIT OHNE GRENZEN = GRENZENLOSE FREIHEIT?





Benjamin Kutz
ist Vorsitzender des KLJB-Bundesarbeitskreises
für Internationale Entwicklung (BAKIE).
www.kljb.org/bundesarbeitskreise

Du möchtest nach Großbritannien, nach Kanada, nach Nicaragua? Kein Problem! Noch heute könntest du theoretisch deine Reise buchen und einfach losfahren. An der Grenze oder bei der Einreise in ein Land zeigst du deinen Pass vor, bekommst einen Stempel und schon bist du im neuen Land. Einfach so.

Das gleiche Szenario sieht für einen Afghanen oder eine Syrerin völlig anders aus. Langwierige Visabeschaffungen stehen auf dem Plan, um überhaupt eine Chance zu haben. Und manche Staaten stehen gleich ganz auf der Blacklist. Einreise nicht möglich, Grund: falsche Nationalität.

Wir EU-Bürger*innen haben einen der mächtigsten Reisepässe der Welt. Unsere einzige Leistung war es, irgendwo in der EU geboren zu sein, das reicht völlig. Der Bundesarbeitskreis Internationale Entwicklung (BAKIE) der KLJB hat sich in der vergangenen Zeit die Frage gestellt, warum das so ist und was es generell bedeutet, Staatsbürger*in eines Landes zu sein.

Grundsätzlich gilt: Mit einer Staatsbürger*innenschaft gehen Rechte und Pflichten einher. In Deutschland haben beispielsweise alle Bürger*innen das Recht zu wählen, sich zu versammeln oder frei einen Beruf zu wählen. Auf der anderen Seite herrscht unter anderem Ausweis-, Melde- und Schulpflicht.

Außerdem sind Besitzer*innen eines deutschen Passes nicht nur Staatsbürger*innen in der Bundesrepublik. Ein Blick in den Reisepass zeigt sofort einen Kreis von zwölf goldenen Sternen: das Symbol der Europäischen Union. Neben der deutschen Staatsbürger*innenschaft gibt es also auch eine europäische Unionsbürger*innenschaft dazu. Klingt kompliziert, ist es aber eigentlich gar nicht. Die Unionsbürger*innenschaft stellt sicher, dass alle EU-Bürger*innen in allen Mitgliedsstaaten der Union die gleichen Rechte haben. Neben dem Recht zur Teilnahme an der Europawahl bedeutet das beispielsweise, dass alle Unionsbürger*innen innerhalb der EU arbeiten dürfen, wo sie wollen. Keine Visa, keine Arbeitserlaubnis, wenig Bürokratie. Die Unionsbürger*innenschaft macht's möglich.

Klingt doch super! Ist es grundsätzlich auch. Trotzdem gibt es ein Problem. Wir als BAKIE haben uns gefragt, was uns zu all diesen Privilegien berechtigt, außer dass wir in einem EU-Land geboren wurden. Die ernüchternde Antwort lautet: Nichts. Zur Geburt gab es einen Pass geschenkt, das war's.

Das führt unweigerlich dazu, dass es ein Drin und ein Draußen gibt. Es gibt uns, die EU-Bürger*innen, die hinfahren kön-

nen, wo sie wollen und sich keine wirklichen Sorgen machen müssen, – und eben die anderen.

Ein europäischer Pass, so unser Zwischenfazit, ist also nicht nur ein Privileg, sondern auch eine Bürde. Wir sollten uns immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass wir unfassbares Glück haben – und uns bewusst sein, dass dieses Glück längst nicht alle auf der Welt haben.

Muss das überhaupt sein, dass es auf der Welt zig verschiedene Staatsbürger*innenschaften gibt, die mal mehr und mal weniger Rechte mit sich bringen? Eine ähnliche Frage hat sich bereits 1948 Garry Davis gestellt. Er hat im Zweiten Weltkrieg seinen Bruder verloren. Seine These: Ohne konkurrierende Staaten wären Kriege gar nicht möglich. Also hatte er eine verrückte Idee. Er hat seinen US-amerikanischen Pass vernichtet und sich fortan als ersten Weltbürger bezeichnet.

Einige Anhänger*innen sind seinem Beispiel gefolgt. Noch heute können über das von ihm gegründete Weltbürger*innenbüro sogenannte Weltbürger*innenpässe bestellt werden. Ein schönes Symbol, an der nächsten Grenze ist aber doch das offizielle Dokument zu empfehlen.

Ziemlich verrückter Typ könnte man nun sagen, dieser Davis. Aber auf der anderen Seite auch inspirierend, so konsequent für seine Ziele einzutreten. Wir haben im Arbeitskreis die Ideen Davis' zum Anlass genommen, einmal über Sinn und Unsinn von Staatsbürger*innenschaften nachzudenken. Dass Menschen einer bestimmten Nation angehören, nehmen wir für gewöhnlich als gesetzt hin. Aber warum?

Wäre die Welt nicht eine bessere, wenn es nicht Deutscher oder Nigerianerin, Amerikanerin oder Asiate, sondern einfach Weltbürger*in hieße? Eine schöne Idee – und doch so weit weg.

Trotzdem glauben wir: In Zeiten wieder stärker werdender Nationalstaaten und Länder, die lieber ihr eigenes Süppchen kochen wollen, braucht es mehr Menschen wie Garry Davis. Es braucht eine Gesellschaft, die Menschen nicht auf ihre Staatsbürger*innenschaft reduziert.

Für eine faire und friedliche Welt können wir das Denken in Staatsgrenzen, das „Ich drinnen, du draußen“-Gefühl, nicht gebrauchen. Für ein stärkeres, weltweites „Wir“-Gefühl in den Köpfen setzen auch wir als KLJB uns ein: ob nun durch unsere Arbeit in den Arbeitskreisen, den vielen Partnerschaften mit Landjugendgruppen weltweit oder durch unsere Bildungsarbeit. Und wenn wir damit der Vision von Garry Davis nur ein Stückchen näherkommen, haben wir schon viel geschafft. ♦♦

Bald ist es soweit!
Die 25. „Conference of the Parties“ –
kurz COP 25 oder zu Deutsch:
Klimakonferenz – wird schon auf den
Zwischenverhandlungen in Bonn beworben.



DIE KLJB BEI DEN ZWISCHENVERHANDLUNGEN ZUR KLIMAKONFERENZ 2019

Was hat die KLJB auf den Klimazwischenhandlungen der Vereinten Nationen zu suchen?

Wir finden jede Menge, denn schließlich wird dort unsere Zukunft und die der zukünftigen Generation verhandelt. Als akkreditierte Beobachter*innenorganisation können wir den Protest von den Straßen und unsere Arbeit für Nachhaltigkeit und Klimaschutz aus den Ortsgruppen in die Konferenzräume holen.

Bereits im Dezember 2018 konnten wir das erste Mal bei der Klimakonferenz in Kattowitz dabei sein. Nun durften wir auch in die Zwischenverhandlungen hineinschnuppern, welche jedes Jahr in Bonn stattfinden. Da raucht einem ganz schön der Kopf, wenn nur noch in Abkürzungen wie NDCs, RINGO, IPCC und Ähnlichem gesprochen wird. Zum Glück haben Daniela Ordowski (MIJARC-Europavorsitzende), Ben Kutz (BAKIE), Stephan Barthelme (KLJB-Bundesvorsitzender) und Julia Wäger

(Referentin für Ökologie) durch ihre Teilnahme in Polen letzten Jahres schon etwas Konferenzerfahrung und Sophie Utner (BAKU), Veronika Regler (BAKU), Johannes Rudingsdorfer (BAKIE) und Judith Böckle (BAKIE) konnten sich auch bald an den Konferenzalltag gewöhnen. In unterschiedlichen Gruppen deckten wir fast die kompletten zwei Wochen Zwischenverhandlungen ab.

Ein Konferenztag startete gewöhnlich mit einer Besprechung aller Jugendorganisationen, die sich unter dem Namen YOUNGO zusammengeschlossen haben. Dort wurden gemeinsame Aktionen geplant, Treffen mit den Delegationen der einzelnen Staaten vorbereitet und in Arbeitsgruppen wurde zu bestimmten Themenfeldern gearbeitet. Diese Treffen waren besonders gut, um neue Kontakte zu knüpfen.

Über den Tag hieß es dann: an Veranstaltungen teilnehmen, die parallel zum offiziellen Programm liefen, mit Verhandler*innen sprechen oder den großen Diskussionen im Plenum lauschen. Und abends gab es dann wieder informelle Programmpunkte: von Diskussionsrunden über Begegnungen mit anderen Jugendbewegungen bis hin zu abgefahrenen Insekten-Kostproben war alles dabei.

Im Fokus der Verhandlungen stand vor allem die Frage, wie das gesetzte Ziel erreicht werden kann, die globale Erderwärmung auf unter 1,5° Celsius zu halten. Zudem fanden Workshops zu Landwirtschaft und Klimawandel sowie zu Partizipationsstrukturen statt.

Unsere Anwesenheit bei den Klimaverhandlungen wurde vom Nachrichtensender Phoenix durch ein Interview dokumentiert. Außerdem trugen die deutschen Jugendverbände und Organisationen ihre Positionen durch eine gemeinsame Pressekonferenz aus der Konferenz hinaus.

Zudem wiesen junge Menschen durch sogenannte Actions, also Protestaktionen auf dem Gelände, auf die Dringlichkeit konsequenter Klimapolitik hin. Sie sangen Geburtstagslieder für nicht eingehaltene Verträge, hielten eine „Fridays for Future“-Demo auf dem Gelände ab oder begrüßten die Kohleindustrievertreter*innen mit lautem Protest.

Bei den Verhandlungen drehte sich alles um die Frage, wie das Ziel erreicht werden kann, die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius zu halten.





Sophie, Judith, Veronika, Johannes und Julia präsentieren stolz ihre Teilnahme-Badges.



v.l.n.r.: Johannes Rudingsdorfer, Veronika Regler, Sophie Utner, Judith Böckle, Julia Wäger

Neben all den Protestaktionen waren aber vor allem die Treffen mit offiziellen Verhandlungsdelegationen (z.B. Deutschland, EU, USA, Brasilien) und dem UN-Klimasekretariat eine gute Chance, unsere Meinungen direkt anzusprechen, immer wieder mehr Jugendpartizipation zu fordern und Einschätzungen zu den Verhandlungen zu erhalten.

Was nehmen wir mit? Erkenntnis Nummer 1: Produktives Arbeiten scheint nicht immer die höchste Priorität aller Delegationen zu sein. So können schon mal ein paar Tage vergehen, bis sich alle Parteien darauf geeinigt haben, auf welche Art überhaupt verhandelt werden soll ...

Erkenntnis Nummer 2: Scheinbar werden wissenschaftliche Erkenntnisse in der Klimapolitik gar nicht so wichtig genommen. Der Weltklimarat hat einen Bericht veröffentlicht. Bisher gibt es aber noch keinen Beschluss, dass das politische Handeln auch an diese wissenschaftlichen Erkenntnisse angepasst wird. Das kann sehr frustrierend sein!

Erkenntnis Nummer 3: Die Zwischenverhandlungen sind prinzipiell eher die Vorbereitung der nächsten großen Klimaverhandlungen und somit immer etwas ergebnisärmer.

Wir nehmen aber auch mit, dass es wichtig ist, vor Ort präsent zu sein und die Forderungen, die von den Jugendverbänden und aus der Zivilgesellschaft kommen, immer wieder in den Fokus der verhandelnden Diplomaten*innen zu rücken!

Bei einem Gläschen chilenischen Weins lassen wir nun die Eindrücke auf uns einwirken und gehen mit ganz viel Motivation wieder in unsere Heimat zurück, um uns dort für Klimagerechtigkeit einzusetzen. ::

JUDITH BÖCKLE
MITGLIED IM BUNDESARBEITSKREIS INTERNATIONALE ENTWICKLUNG (BAKIE)



Für den Fernsehsender Phoenix stand die KLJB-Delegation gerne Rede und Antwort.

KLJB und BDAJ nehmen den Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus für das Projekt „Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus“ von Erzbischof Stefan Heße entgegen.



Fotos: © Deutsche Bischofskonferenz/Jörn Neumann

PROJEKT „TACHELES!“ GEWINNT PREIS DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ

Das Kooperationsprojekt „Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus“ der KLJB und des Bundes der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ) wurde am 04. Juli 2019 auf der Zeche Carl in Essen mit dem Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus der Deutschen Bischofskonferenz ausgezeichnet. Das Projekt belegte den mit 3.000 Euro dotierten zweiten Platz.

„Wir freuen uns sehr, dass unserem Projekt dieser Preis verliehen wurde. Er ist eine Auszeichnung für das vielfältige Engagement, das in unseren Verbänden gegen jegliche Form von Extremismus geleistet wird“, erklärt KLJB-Bundesseelsorgerin Carola Lutz. „Mein Dank gilt daher besonders unseren Ehrenamtlichen, die sich aktiv für ein gelungenes Zusammenleben einsetzen.“

In der Begründung hob die Jury vor allem die durch das Projekt realisierten „interreligiösen und interkulturellen Begegnungen unter Jugendlichen, die ein Kennenlernen über Grenzen hinweg ermöglichen und Vorurteile abbauen helfen“ heraus.

Im Rahmen der Preisverleihung mit 250 Gästen würdigte Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, die Gewinner*innen mit einer Festrede. Eine Kurzvorstellung der Sieger*innenprojekte sowie eine Podiumsdiskussion mit den Gewinner*innen und dem Vorsitzenden der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Stefan Heße, ermöglichte es darüber hinaus, einen Einblick in die Vielfalt der unterschiedlichen Projekte zu bekommen.

„Ich war sehr beeindruckt von den anderen Projekten und bin sehr glücklich, dass sich in ganz Deutschland so viele Menschen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einsetzen“, zieht KLJB-Bundesseelsorgerin Carola Lutz als abschließendes Fazit zur Preisverleihung.

HANNA STEPPAT,
REFERENTIN FÜR THEOLOGIE UND DIVERSITÄT
SOWIE PROJEKTFERENTIN „TACHELES!“



Erzbischof Stefan Heße würdigt als Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz die Preisträger*innen des Projekts „Tacheles!“ von KLJB und BDAJ.

Ministerpräsident Armin Laschet (li.) sowie Erzbischof Stefan Heße (re.) mit den Preisträger*innen der KLJB: Franz Wacker (Sprecher des KLJB-Bundesarbeitskreises Pastoral auf dem Land), Bundesseelsorgerin Carola Lutz und Hanna Steppat (Referentin für Theologie und Diversität sowie Projektreferentin für „Tacheles!“).



Johannes Rudingsdorfer stellt die Ergebnisse der Kleingruppenarbeit vor.



DIE LANDJUGEND IM UMWELTMINISTERIUM

Für die neue Jugendstrategie der Bundesregierung hat sich eben diese gedacht: „Fragen wir die Jugend mal, was die eigentlich so will und braucht.“ Umgesetzt wurde das dann in Jugendaudits. Jeweils einen Tag lang wird „die Jugend“ zu verschiedensten Themen befragt. „Die Jugend“ wird dabei hauptsächlich durch Vertreter*innen verschiedener Verbände und Gruppierungen vertreten, die bereits Expertise zum jeweiligen Thema haben. Die Landjugend wurde deshalb (natürlich) zum Audit „Umwelt“ eingeladen. Johannes Rudingsdorfer und Veronika Regler reisten also am 16. Juni 2019 nach Berlin und trafen sich dort im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit.

Am Vormittag wurde erst einmal erklärt, was die Jugendstrategie eigentlich ist und wie es mit den Ergebnissen des Tages weitergehen soll: Sie fließen in das Themenpapier „Umwelt“ ein, das dann auf der Interministeriellen Konferenz vorgestellt wird und das schließlich ein Teil der neuen Jugendstrategie der Bundesregierung wird. Dann ging es weiter mit einer Vorstellungsrunde. Für die eigentliche inhaltliche Arbeit blieben dann nur ca. vier Nachmittagsstunden Zeit. Unzählige Forderungen an die Bundesregierung wurden in Kleingruppen erarbeitet, auf Plakaten festgehalten und schließlich im Plenum vorgestellt und diskutiert. Hierbei war es wirklich sehr hilfreich, dass in der KLJB Umweltschutz und Klimawandel zu den viel diskutierten Themen gehören und wir so Argumente und Ideen schon im Gepäck dabei hatten. Leider war die Zeit zu kurz, um lange nachzudenken und wirklich tiefe, inhaltliche Diskussionen zu führen. Dennoch war am Ende die Liste mit Forderungen gut gefüllt. Wichtig war uns unter anderem, dass Gesetze zukünftig auf ihre Nachhaltigkeit geprüft werden, der Personenverkehr klimaneutral wird, die Subventionierung

von Bahntickets, rad- und busfreundliche Städte sowie autofreie Innenstädte und der Kohleausstieg bis spätestens 2030. Besonders wichtig war uns außerdem, dass der persönliche Beitrag zum Klimaschutz für alle möglich ist. Klimaneutraler Konsum und umweltfreundliche Mobilität muss für alle sozialen Milieus bezahlbar und zugänglich sein. Ebenso muss die Energiewende ein gesamtgesellschaftlicher Prozess sein, bei dem nicht einzelne Regionen benachteiligt werden. Des Weiteren muss sowohl für Privatleute als auch für Unternehmen der Rahmen geschaffen werden, innovative Konzepte zum Klimaschutz auszutesten, ohne Angst vor Fehlern zu haben.

Insgesamt war es eine sehr produktive Veranstaltung und äußerst ermutigend zu sehen, wie viele unterschiedliche Jugendgruppierungen es gibt, die sich für den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit einsetzen. Auch hatte man das Gefühl, dass die Ministerien und die Bundesregierung das Potential von aktiver Jugendbeteiligung erkannt haben. Allerdings ist ein Tag für das riesige Thema „Umwelt“ viel zu kurz, um umfängliche und sorgfältige Argumente und Forderungen auszuarbeiten, sodass wir das Gefühl hatten, nur kurze Blitzlichter weitergeben zu können, welche unserem Anspruch nur teilweise genügen.

Eine der Hauptforderungen aus dem Tag war daher auch die konsequentere und längerfristige Einbindung in politische Entscheidungsprozesse: vor allem bei Fragen, die die Jugend direkt betreffen, und da ist für uns Klimaschutz und Umwelt eines der prädestiniertesten Themen überhaupt. ❖❖

VERONIKA REGLER, KLJB AUGSBURG,
UND JOHANNES RUDINGSDORFER,
MITGLIED IM BUNDESARBEITSKREIS INTERNATIONALE ENTWICKLUNG



Johannes Rudingsdorfer und Veronika Regler (2. und 3. Person vordere Reihe links) haben einen Tag lang im Umweltministerium mit anderen Jugendlichen Forderungen und Ideen für die Jugendstrategie eingebracht.

Die Teilnehmer*innen der Forschungsgruppe befragen die Jugendlichen in Uffenheim zu ihren Perspektiven.



FÜR JUGENDLICHE? MIT JUGENDLICHEN!

**Regionalanalysen mit dem Fokus
auf junge Menschen in Daun und
Uffenheim**



Anfang Mai und Juni hat die Akademie Junges Land e.V. zwei Regionalanalysen mit dem Schwerpunkt auf den Belangen und Perspektiven junger Menschen durchgeführt.

In der Verbandsgemeinde Daun in der Vulkaneifel wurden für die Jugendpflege und in Zusammenarbeit mit der Katholischen Hochschule NRW, Abteilung Paderborn, die Themen Berufsperspektiven, Bleibe- und Rückkehrorientierung sowie Regionale Identität/Engagement/Angebote zur Teilhabe untersucht. Ergebnis: Neue Formen der Information und Werbung für Ausbildung und Beruf in der Region sind gewünscht, ebenso die Unterstützung der Eigeninitiative Jugendlicher. Die Wichtigkeit der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten in Bezug auf damit verbundene höhere Rückkehrperspektiven wurde hervorgehoben. In der Stadt Uffenheim in Mittelfranken wurden zusammen mit der HS Esslingen die Themen Räume, Angebote und Engagement aufgenommen. Ergebnis: Ein Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten und die Unterstützung junger Menschen bei ihren Ideen sind gefordert. Denn: Ehrenamtliche brauchen hauptamtliche Unterstützung. Die Erkenntnisse fließen in ein Jugendkonzept ein.

Beiden Analysen gemein ist die Betonung von Teilhabe und der Erfahrung von Selbstwirksamkeit – insbesondere über die Schaffung offener und eigenverantwortlich gestalteter Räume. Dabei gilt es auch die Erkenntnis zu betonen, dass „Leben auf dem Land“ „selbst anpacken“ bedeutet und man so aktive*r Staatsbürger*in ist. Dies muss ermöglicht werden! Dazu gehört auch hinsichtlich der Berufschancen eine Mentalität schaffen: „Hier ist etwas möglich. Hier kann ich mich verwirklichen“. 🍀

FLORIAN GRÜNHÄUSER
BILDUNGSREFERENT DER AKADEMIE JUNGES LAND

Fotos: Akademie Junges Land

Einstieg in die Regionalanalyse: Die Forschungsgruppe bekommt vom Bürgermeister eine Führung durch Uffenheim und erkundet so den Sozialraum.



Von der KLJB nahmen (v.l.n.r.) am Trainingskurs Bastian Posch (KLJB München und Freising), Andrea Friedrich (KLJB Regensburg), Daniela Ordowski (MIJARC-Europavorsitzende) und Franz Wacker (Diözesanvorsitzender der KLJB Regensburg) teil.



Beim Trainingskurs in Belgien ging es auch in die Hauptstadt Brüssel.

MIJARC EUROPA-TRAININGSKURS

Am 20. August 2019 machten sich 30 Teilnehmer*innen auf den Weg nach Overijse. Vertreter*innen zehn verschiedener Länder zeigten ihr Interesse am MIJARC-Trainingskurs zum Thema „Let's go online“: fünf Tage voller Workshops, Vorträge und Gruppenarbeiten. Das Thema jugendpolitische Beteiligung im Internet, aber auch die Gefahren und Herausforderungen dieser weiten Welt sollten in den nächsten Tagen beleuchtet und ausgearbeitet werden. Damit alle vom Gleichen reden, wurden Definitionen ausgearbeitet und spielerisch die Meinungen der Teilnehmer*innen dargestellt. Nationale und internationale Gruppenarbeiten zeigten den Unterschied des Informationsflusses und die Gewohnheiten der einzelnen Organisationen. Auch das Beisammensein kam nicht zu kurz. Beim internationalen Abend putzten sich alle Teilnehmer*innen heraus und präsentierten kulinarische Köstlichkeiten, internationale Tänze, sangen nationale Lieder und zeigten ihre Tracht.

So konnten sich die Teilnehmer*innen selbst ein Bild davon machen, wie vielfältig Europa sein kann. ❖❖

ANDREA FRIEDRICH, MITGLIED DER KLJB REGENSBURG



Die Teilnehmer*innen der MIJARC-Europa-versammlung 2019.

MIJARC EUROPA-VERSAMMLUNG & SEMINAR

Im Juli findet alljährlich eine der wichtigsten Veranstaltungen der MIJARC Europa, der Europaebene der KLJB, statt: die Europaversammlung inklusive des angeschlossenen Seminars. In diesem Jahr fand diese Veranstaltung vom 04. bis zum 12. Juli 2019 im bulgarischen Varna und damit direkt am Schwarzen Meer statt. Im Rahmen der dreitägigen Europaversammlung tagte die KLJB-Delegation gemeinsam mit vielen anderen Jugendorganisationen aus ganz Europa, die ebenfalls Mitglieder der MIJARC sind. Unter anderem wurde im Rahmen der Versammlung Sara Neagu aus Rumänien neu in den Europavorstand gewählt. Außerdem beschlossen die Delegierten die

Aufnahme von Jugendorganisationen aus Malta und Georgien in die MIJARC-Gemeinschaft. Nach Versammlungsende starteten die Teilnehmer*innen nahtlos in das angeschlossene MIJARC-Seminar. Dieses drehte sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig um das Thema Jugendpartizipation. Dabei stand die Frage im Fokus, wie Jugendverbände dazu beitragen können, junge Menschen stärker in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubinden. Aus diesem Grund waren verschiedene Expert*innen zu Gast und es fand eine Exkursion zu Best Practice-Beispielen für gelungene Jugendbeteiligung in Bulgarien statt. ❖❖

JANNIS FUGHE, DIÖZESANVORSITZENDER DER KLJB VECHTA

DER AK EC STELLT SICH VOR!

KLJB Freiburg Der Arbeitskreis European Citizenship (AK EC) der KLJB Freiburg entstand aus der Initiative und den Ideen zweier Mitglieder. Dabei standen anfangs zwei ganz unterschiedliche Anliegen im Raum – vom Schwerpunkt der Demokratiebildung bis zur internationalen Vernetzung – und es war ein langer Weg, bis wir zum gelungenen „Kompromiss“ des AK ECs kamen. Nun sind wir froh, dass es seit Herbst 2018 den AK gibt und wir uns mit Themen beschäftigen, die uns als Jugendliche aktuell besonders wichtig sind. Unser AK besteht zurzeit aus fünf Mitgliedern und wir treffen uns circa alle sechs Wochen. Der AK EC möchte sich mit Themen wie Partizipation, Demokratie, dem Begriff Europa, der EU, aber auch mit dem internationalen Austausch von Kultur auseinandersetzen. Was bedeutet es für uns in Europa beziehungsweise der EU zu leben? Wie kann ich aktiv Europa erleben? Die Europawahlen im Mai diesen Jahres waren ein guter Anlass, uns mit dem Thema Demokratie und Wahlen auseinander zu setzen – beispielsweise bei einer durch den Arbeitskreis organisierten Podiumsdiskussion in Haslach. Wir möchten aber auch das Bewusstsein für unsere alltägliche Sprache und den Begriff „Europa“ stärken. Wenn wir von „Europa“ reden, sprechen wir dann vom Kontinent oder von der EU? Unser nächstes Projekt war auf unserer diesjährigen Herbst-Diözesanversammlung ein Studienteil mit Workshops rund um das Thema Europa und European Citizenship sein – dabei ging es neben der Auseinandersetzung mit der eigenen europäischen Identität auch um politische Wirkmechanismen in der EU oder die europäische Agrarpolitik. Mit den Informationen und Meinungen, die wir in diesem Studienteil gesammelt haben, möchten wir dann auch weiterarbeiten. Wohin uns das führen wird, wissen wir noch nicht. Aber ihr werdet sicher von uns hören! ☘

ISABEL RUTKOWSKI
DIÖZESANVORSITZENDE DER KLJB FREIBURG

Die Mitglieder des 2018 gegründeten AK EC (v.l.n.r.)
Moritz Schwier, Johanna Ritter, Isabel Rutkowski und Dunja Boschert. Begleitet wird der AK von Bildungsreferent Raphael Würth.

Foto: KLJB Augsburg



Der neue KLJB-Landesvorstand, v. l. Benedikt Brandstetter, Stefan Gerstl, Landjugendseelsorgerin Julia Mokry, Landesgeschäftsführerin Maria Stöckl, Simone Grill, Antonia Kainz und Kristina Dücke.

Foto: KLJB Bayern



MEHR TEILHABE BEI DIGITALISIERUNG AUF DEM LAND!

KLJB Bayern Die 70. KLJB-Landesversammlung der KLJB Bayern tagte vom 30. Mai bis 02. Juni 2019 mit rund 100 Delegierten aus ganz Bayern im Haus der Jugend in Passau. Am Freitagabend wurde der Landjugendförderpreis an vier Preisträger*innengruppen verliehen. Hubert Aiwanger, Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, würdigte die Gruppen mit einer Laudatio. Der erste Preis ging dabei an den KLJB-Kreisverband Ebersberg für das Projekt „Fairplant“ zum nachhaltigen Basteln und Kochen. Am Samstag stand bei der Landesversammlung eine Nachwahl von ehrenamtlichen Landesvorsitzenden an, nachdem Julian Jaksch (Hutthurm, Diözese Passau) und Christina Kornell (Volkach, Diözese Würzburg) nach drei Jahren aus beruflichen Gründen ausgeschieden sind und am Samstagabend feierlich verabschiedet wurden.

Neu im Kreise der weiterhin fünf ehrenamtlichen Landesvorsitzenden ist die frühere Diözesanvorsitzende bei der KLJB München und Freising, Antonia Kainz (23) aus Vilsheim (Landkreis Landshut). Ebenfalls gewählt wurde Kristina Dücke (27) aus Pegnitz (Landkreis Bayreuth), zuvor im KLJB-Diözesanvorstand Bamberg und landesweit bereits Sprecherin im AK Internationale Solidarität (AKIS). Im Konferenzteil wurden neben Änderungen zur Satzung und Geschäftsordnung aktuelle Positionen der KLJB Bayern beschlossen. Beim Thema „Digitalisierung auf dem Land“ geht es der KLJB vorrangig darum, als junge Generation auf dem Land mitreden zu können, wenn die Politik Weichen stellt. Zum Thema Artenvielfalt beschloss die KLJB eine Position, die die Rolle des Jugendverbands beschreibt: Die Landjugend will in ihrer Bildungsarbeit den Dialog zwischen Landwirtschaft und Naturschutz weiter voranbringen. Zudem wurden Forderungen aufgestellt, dass über die Landwirtschaft hinaus alle einen Beitrag zu mehr Artenvielfalt und Klimaschutz leisten können, etwa in der Gartengestaltung und beim klimaschonenden Verkehr. Das vom bayerischen Umweltministerium unterstützte Projekt „Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt“ der KLJB mit dem isr (Institut für Stadt- und Regionalmanagement in München) wird im November 2019 mit einer Veröffentlichung abgeschlossen. Erstmals zur Landesversammlung konnten erste Ergebnisse präsentiert und öffentlich diskutiert werden. ☘

Die komplette Pressemitteilung sowie die Beschlüsse gibt es auf www.kljb-bayern.de/presse

HEIKO TAMMENA
REFERENT FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND POLITISCHE ARBEIT DER KLJB BAYERN

Beim diesjährigen Pfingsttreffen der KLJB München und Freising drehte sich für die knapp 200 Teilnehmer*innen alles um das Thema Freiheit.

Foto: KLJB München und Freising



FÜHL DI FREIHEIT – PFINGSTTREFFEN DER KLJB MÜNCHEN UND FREISING

KLJB München und Freising Was bedeutet für dich Freiheit? Wobei fühlst du dich frei? Mit diesen und noch mehr Fragen wurden die knapp 200 Teilnehmer*innen gleich am Freitagabend konfrontiert. Nach dem gemeinsamen thematischen Einstieg endete der Abend mit einem Impuls über die Geschichte unserer Menschenrechte.

Am Samstagvormittag wurde ein breites Programm geboten. So wurden in Gesprächskreisen das Thema Freiheit vertieft und Extremsportler Jonas Deichmann hielt einen Vortrag über die Freiheit im Abenteuer. Am Markt der Freiheiten konnte man sich über ein plastikfreies Leben informieren, eine eigene Freiheitsstatue gestalten, ein Freiheitsgebet verfassen oder eingeschränkte Bewegungsfreiheit erfahren.

Nachmittags gab es eine riesige Auswahl an Workshops: Bei Steckstuhl bauen, Bienenwachstücher herstellen, Improtheater, Bibel-Escaperooms und Blindenschrift war für alle was dabei.

Am Abend war Winfried Klima zu Besuch, welcher mit seinem Kabarett-Programm „Voll Verappled“ einen amüsanten Abend bot.

Am Sonntag wurde das Wochenende von einem feierlichen Pfingstgottesdienst und viel Spannung beim traditionellen Wettbewerb um die Tigerente, der Landkreis-Power-Show, abgerundet. Gewonnen hat dieses Mal der Landkreis Traunstein. Die Möglichkeit für einen kurzen Austausch gab es im Anschluss an den Gottesdienst im traditionellen EFEU-Café. ☘

PAULA GASSER
VORBEREITUNGSTEAM DES PFINGSTTREFFENS 2019

DER PARKPLATZ IN WAMBACH – 720 STUNDEN PFLASTERN

KLJB München und Freising Wir, die KLJB München und Freising, mit ihrem Arbeitskreis KnöHdL (Kreatives nachhaltiges ökologisches Haus der Landjugend) und der Ortsgruppe Wambach wollten im Zuge der 72-Stunden-Aktion nun endlich den Parkplatz unseres Landjugendhauses in Angriff nehmen. 72 Stunden waren natürlich zu kurz, also hieß es bei uns nur die 128-Plus-72-Stunden-Aktion.

Und so kam es, dass schon eine Woche vor Beginn der großen BDJ-Sozialaktion die Bagger anrückten und den Boden ausgruben. Die Tage waren gefüllt mit vielen Lieferungen, bestehend aus Kies, Splitt und Pflastersteinen. Der Kies wurde verteilt und geebnet und am 21. Mai 2019 war es dann soweit und wir legten die ersten Pflastersteine. Viele unserer fleißigen Helfer*innen wohnten die Woche über in unserem schönen Landjugendhaus und konnten somit jederzeit mit anpacken. Abends ließen wir den Tag meist gemütlich am Lagerfeuer ausklingen. In diesem Zuge wurde auch gleich noch der Dachboden entrümpelt und das aussortierte Holz zum Einheizen weiterverwendet.

Tag für Tag konnten wir mehr gepflasterte Parkplätze verzeichnen. Und am Samstagabend, Ortszeit 21:56 Uhr, wurde nach anstrengenden Tagen endlich der letzte Stein gelegt.

Zurückblickend können wir mit großem Stolz verkünden, dass wir zehn Tage lang, vom 17. bis 27. Mai mit über 35 Helfer*innen zwölf Parkplätze für das Landjugendhaus und die Pfarrei Wambach gepflastert haben. Dabei haben wir 350 m² Pflaster gelegt und insgesamt 9.200 Pflastersteine, was einem Gewicht von 64 Tonnen entspricht, in die Hand genommen. Außerdem wurden 40 Tonnen Splitt und 100 Tonnen Kies von unseren fleißigen Helfer*innen verteilt – und das alles in einer Zeit von insgesamt 720 ehrenamtlichen Arbeitsstunden! Ganz nebenbei wurden auch noch 15 neue Sträucher gepflanzt. ☘

DOROTHEE SCHOTT
DIÖZESANVORSITZENDE DER KLJB MÜNCHEN UND FREISING

Ein neuer Parkplatz sollte es sein: Bei der 72-Stunden-Aktion pflasterte die KLJB München und Freising fleißig für den guten Zweck.

Foto: KLJB München und Freising



BOUNGIORNO BREBBIA!

KLJB Mainz „Auf nach Italien“ dachten sich 16 KLJBler*innen aus dem DV Mainz und machten sich am 30. Juni 2019 auf den Weg an den Lago Maggiore nach Italien. Im Jugendwerk Brebbia angekommen, die Zimmer bezogen und das vorzügliche Abendessen verspeist, konnten wir noch in den nur wenige Meter von unserer Unterkunft entfernten Lago Maggiore hüpfen.

Die landwirtschaftliche Studienfahrt zielte darauf ab, sich mit der italienischen Agrikultur zu beschäftigen. Nach einem thematischen Einstieg gab es ein landwirtschaftliches Pubquiz, bei dem das Vorwissen getestet wurde. Wir machten uns mit der Flora und Fauna vor Ort vertraut; dazu gab es einen Spaziergang zu einem Wasserfall sowie die Erkundung des Sasso del Ferro, ein Berg neben der Kleinstadt Laveno. Zudem fuhren wir nach Arona, wo es einen typisch italienischen Markt gab, bei dem man alles – von Lebensmitteln bis hin zu Kleidung – erwerben konnte.

Danach kam es zu einem kulinarischen und thematischen Highlight: In Arona besuchten wir die Käserei Luigi Guffanti, wo wir eine spannende Führung durch die Keller der Käserei erhielten. Dabei bekamen wir u.a. Infos über die Herstellung und Reifung von Käse. Besonders war natürlich die vorzügliche Käseverkostung, sodass auch unsere Geschmackssinne auf ihre Kosten kommen konnten!

Weitere Höhepunkte der Fahrt waren der Besuch der kleinen Fischerinsel „Isola Pesciatore“, der Besuch der Felsenkapelle Santa Caterina, eine Weinprobe, die Fahrt nach Mailand sowie eine Floßfahrt über den See. Am letzten Tag besuchten wir noch einen Bauernhof, bei dem wir uns spontan und sogar kostenlos noch auf ein Pferd schwingen durften, um eine Runde zu reiten!

Die Stimmung in unserer Gruppe war super, sodass dabei Freundschaften entstanden und vertieft wurden. Alle waren der Meinung, dass wir eine solche Fahrt regelmäßig anbieten sollen. Wer beim nächsten Mal dabei sein möchte: Auf Facebook und Instagram unter @kljbmainz verpasst ihr keine Neuigkeiten! ☼

FELIX MOHRS
BILDUNGSREFERENT DER KLJB MAINZ

Für KLJBler*innen ging es bei der Studienfahrt der KLJB Mainz nach Brebbia am Lago Maggiore in Italien.

Foto: KLJB Mainz



Zu jeder vollen Stunde gab es bei der KLJB in Halle 11 der Allgäuer Festwoche ein kleines Bühnenprogramm: wie hier um 11:00 Uhr mit Lorenz Regler und Lukas Hofmann.

Foto: KLJB Augsburg



KLJB AUGSBURG AUF DER ALLGÄUER FESTWOCHE

KLJB Augsburg „Hätten Sie gern ein wenig blaues Gold?“, so begrüßten eifrige KLJBler*innen Besucher*innen am Sonntag, 11. August 2019 auf der Allgäuer Festwoche. Mit ihrem Stand und einem stündlichen Bühnenprogramm zum Thema „Virtuelles Wasser“ sensibilisierte die KLJB der Diözese Augsburg für einen sorgsamen Umgang. Die Ehrenamtlichen zeigten auf, mit welchen Produkten und Handlungen unerwartet hohe Mengen des blauen Goldes verbunden sind. Bei vielen Produkten des täglichen Gebrauchs sind die enthaltenen Wassermengen nicht sofort ersichtlich. So hat das Institute for Water Education der UNESCO errechnet, dass für die Herstellung eines Kilogramms gerösteten Kaffees rund 21.000 Liter Wasser nötig sind. „Das Konzept Virtuelles Wasser berührt viele Aspekte unseres täglichen Lebens. Klar ist es nicht einfach auf bestimmte Produkte zu verzichten, allerdings gibt es auch Unterschiede in der Herstellung und oft ist es sinnvoll, sich vor dem Kauf Gedanken über regionale Alternativen zu machen“, erklärte Julia Hack, ehrenamtliche Sprecherin des Agrar-Sozialen Arbeitskreises (ASAK) der KLJB Augsburg. „Die Tomate, die im Sommer in Deutschland wächst, ist nicht nur besser als ihre spanische Verwandte, weil der Transport wegfällt; in Deutschland fällt auch mehr Regen, somit muss nicht aufwendig bewässert werden.“

Lorenz Regler und Lukas Hofmann, Mitglieder des ASAK, zeigten beim stündlichen Bühnenprogramm, welche Wassermengen bereits in kleinen Morgenritualen versteckt sind: von der Dusche über Kleidung bis zum Kaffee. Die KLJB ermutigte auch zur Interaktion: Bei einem Quiz durften die Besucher*innen schätzen, wie viel Virtuelles Wasser in verschiedenen Produkten steckt und diese Mengen in verkleinertem Maßstab aus einer Badewanne in einen Messbecher schöpfen. Der handelsübliche Computer füllte den Becher mit rund 20.000 Litern, ein Kilogramm Rindfleisch schlug mit 15.500 Litern zu Buche, während das Kilogramm regionaler Tomaten rund 184 Liter Wasser verbraucht. ☼

CHRISTOPHER DETKE
REFERENT FÜR ÖFFENTLICHAKEITSARBEIT DER KLJB AUGSBURG

FIT FÜR DIE KLJB

KLJB Regensburg Vom 26. bis 28. Juli 2019 fand für den Kreisverband Tirschenreuth ein eigenes Schulungswochenende statt. Gemeinsam mit Bildungsreferentin Theresa Wenzl organisierten die Kreisvorsitzenden Thomas Meyer und Louisa Rosner ein Wochenende im Maximilian-Kolbe-Haus in Wernersreuth. Neben praktischen Themen wie Kassenführung, Veranstaltungsorganisation, Versicherungen und Recht wurden auch die Ämter und die Gruppendynamik in einer KLJB-Ortsgruppe besprochen. Außerdem gab es ausreichend Zeit für Selbstreflexion, Austausch und gemütliches Beisammensein. 13 Teilnehmer*innen aus insgesamt drei Ortsgruppen haben das Schulungswochenende besucht und sind nun fit für ihre Ämter in der KLJB. ☼

THERESA WENZL
BILDUNGSREFERENTIN DER KLJB REGENSBURG

Beim Kurs „Fit für die KLJB“ werden die 13 Teilnehmer*innen fit für ihre Ämter in der KLJB gemacht.



Foto: KLJB Regensburg

KLJB Osnabrück on Tour!

Foto: KLJB Osnabrück



LANDWIRTSCHAFTLICHE STUDIENREISE NACH SCHOTTLAND

KLJB Osnabrück Vom 04. bis 09. September 2019 machten sich 25 Teilnehmer*innen der KLJB Osnabrück auf, um die hügeligen Landschaften und die einzigartige Kultur Schottlands auf einer Rundreise näher kennenzulernen.

Unsere Tour startete in Edinburgh, wo wir das Edinburgh Castle besichtigen konnten. Der nächste Tag begann mit einer Führung durch eine Whiskey Distillery, wo wir uns einen 12-jährigen Single Malt der Brennerei schmecken lassen konnten. Danach ging es weiter zu einer Farm mit Rinder- und Schafhaltung, wo uns der Landwirt alles über seinen Betrieb in den schottischen Highlands erzählte und wir die Führung mit leckerem Kuchen und Kaffee in der Scheune beendeten. Natürlich durften wir uns am folgenden Tag nicht entgehen lassen, nach „Nessie“, dem Monster des Loch Ness, Ausschau zu halten. Im Anschluss an die Bootstour fuhren wir in einen nahe gelegenen Nationalpark in den Highlands, wo wir eine dreieinhalbstündige Wandertour auf uns nahmen. Am nächsten Tag stand ein kulturelles Highlight auf dem Programm, die Highland Games. Den ganzen Tag über verfolgten wir die verrückten Disziplinen, z.B. Baumstammwerfen, Tauziehen oder Bergauflauf. Am Nachmittag besuchte sogar die Queen die Spiele. Am Sonntag besichtigten wir einen schottischen Milchviehbetrieb, der gleichzeitig Eis herstellt. Dabei informierte der Herdenmanager uns über die lokale Viehhaltung. Im Anschluss besuchten wir eine Highland Angus Beef Farm, wo die Landwirtin auf eine besondere Vermarktungsstrategie setzt. Auf dem Weg nach Glasgow machten wir Zwischenhalt am Dunnottar Castle, welches zu den wichtigsten und schönsten Sehenswürdigkeiten Schottlands zählt. Zum Abschluss sahen wir uns das „National Museum of Rural Life in Scotland“ in Glasgow an. Das Museum konnte mit vielen Exponaten wie alten Landmaschinen und einer historischen Farm viel Interessantes bieten. Trotz der schönen Zeit mussten wir am späten Nachmittag aber unseren Rückflug antreten und freuen uns jetzt schon als KLJB Osnabrück auf unsere nächste Reise. ☼

CHRISTIAN RÜSCHEN
MITGLIED DER KLJB OSNABRÜCK

BUCHTIPPS



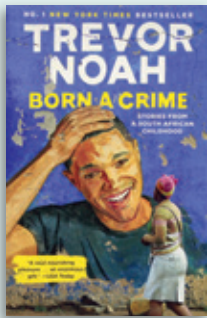
Edward Snowden
**Permanent Record:
Meine Geschichte**

Mit 29 Jahren entschloss sich Edward Snowden, der als Datenspezialist für die NSA und die CIA arbeitete, die Pläne der Massenüberwachung von Anrufen, SMS und E-Mails von US-Bürger*innen offenzulegen. Er weiß, dass er seine Familie, seine Frau und sein Land nie wiedersehen wird. Der Dienst an der Bevölkerung ist ihm hingegen wichtiger. Seit Jahren lebt er im Exil in Russland. Die Geschichte seines Lebens erzählt er im neuen Buch „Permanent Record“.



Jean-Jacques Rousseau
Der Gesellschaftsvertrag

Wer sich intensiv mit dem Thema „Staat“ und „Bürger*innentum“ auseinandersetzen möchte, kommt um die Philosophie nicht herum. Jean-Jacques Rousseaus 1762 erschienener Gesellschaftsvertrag gilt bis heute als Schlüsseltext der europäischen Aufklärung und der Staatsphilosophie überhaupt.



Trevor Noah
Born a Crime

In seinem Buch erzählt Trevor Noah, ein Comedian, der mittlerweile die Daily Show in den USA moderiert, wie er als Sohn einer Südafrikanerin und eines Schweizers zum Ende der Apartheid in Südafrika aufwächst. Keiner Gruppe zugehörig und aus einem rechtswidrigen Akt gezeugt, findet er seinen Weg durch die Wirren des Systems und der Gesellschaft.

FILMTIPPS



**Wackersdorf – Wehrt euch,
leistet Widerstand! (2018)**

Nicht immer läuft in einem Staat alles nach den Wünschen der Bürger*innen und in manchen Fällen geht es so weit, dass Bürger*innen sich und die Demokratie in Gefahr sehen. Der Film Wackersdorf erzählt die Geschichte der gleichnamigen Gemeinde und einer Protestbewegung des zivilen Ungehorsams. In den 1980er Jahren plante der Landrat die Arbeitslosigkeit in der Region durch den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage zu bekämpfen. Proteste von Bürger*innen werden ohne rechtliche Grundlagen gewaltsam zerschlagen. Der Film zeigt eindrucksvoll die Zusammenhänge zwischen allen Staatsgewalten und den eigenen Bürger*innen.



**Der Bürger
(2016)**

Wilson Ugabé, ein afrikanischer Migrant, lebt in Budapest und hofft auf die Einbürgerung. Um den Einbürgerungstest zu bestehen, nimmt er Nachhilfe bei Maria. Die beiden nähern sich an, bis Maria erfährt, dass Wilson in seiner Wohnung eine schwangere Iranerin beherbergt, die aus einem Flüchtlingscamp geflohen ist. Obwohl die Bürgerpflicht es von ihm fordert, verrät er die junge Frau nicht.



**Wem gehört die Stadt –
Bürger in Bewegung (2015)**

In ihrem Dokumentationsfilm versucht Anna Ditzges einzufangen, was passiert, wenn Anwohner*innen, Investor*innen, Politiker*innen und Stadtplaner*innen ihre sehr unterschiedlichen Vorstellungen der Stadtentwicklung in Köln-Ehrenfeld unter einen Hut bringen müssen.

Hinweis

Das Recht zum Widerstand der Bürger*innen ist im Grundgesetz Art. 20 Abs. 4 verankert: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Jedoch nur, wenn alle demokratischen Prozesse bereits erschöpft sind. Strittig ist auch unter Jurist*innen bis heute, ab wann genau die Ordnung so gefährdet ist, dass Abs. 4 angewandt werden kann.

KLJB Augsburg



Seit dem 01. Juli 2019 ist **Christopher Detke** neuer Bildungsreferent für Öffentlichkeitsarbeit bei der KLJB Augsburg. Der 30-jährige Augsburger übernimmt die Elternzeitvertretung seiner Vorgängerin Eva Djakowski. Nach seinem Bachelor-Studium der Europäischen Kulturgeschichte absolvierte er den Master Umweltethik an der Universität Augsburg. Bereits während des Studiums war er in verschiedenen Redaktionen und in der Unternehmenskommunikation tätig und schloss im Anschluss ein Verlagsvolontariat als Redakteur für Fachzeitschriften ab.

KLJB München und Freising



Thomas Müller wurde auf dem Diözesanausschuss im Januar 2019 in den Vorstand der KLJB München und Freising gewählt. Seit Mai ist er dort (in Teilzeit) als Referent für Agrar, Verbraucherschutz, Ökologie und Internationales (AVÖI) tätig. Seit November 2018 ist er außerdem AVÖ-Referent in Augsburg. Der 28-jährige stammt aus Irsingen im Allgäu und schloss vor kurzem sein Masterstudium in Umweltethik ab. In den letzten Jahren lebte er auch längere Zeit in Bolivien und Nicaragua, wo er unter anderem für eine Kaffeekooperative arbeitete. Seit geraumer Zeit baut er ein eigenes kleines Kaffeeunternehmen auf. Bis vor kurzem war er über Jahre hinweg als Mesner und in der Jugendarbeit seiner Heimatpfarre aktiv. Thomas freut sich darauf, nun seine Erfahrungen u.a. aus Süd- und Mittelamerika bei der KLJB einbringen zu können.

KLJB Osnabrück



Franka Hülsmann ist seit dem 15. August 2019 die neue Bundesfreiwilligendienstlerin der KLJB im Bistum Osnabrück. Sie ist 17 Jahre alt und kommt aus der Ortsgruppe Bad Laer, in der sie seit zweieinhalb Jahren aktiv ist. Während des Freiwilligendienstes wird sie für den AK Utbildung, die AG Leben und das Dekanat Bersenbrück zuständig sein. In ihrer Freizeit spielt sie gerne Volleyball und engagiert sich als Gruppenleiterin in wöchentlichen Gruppenstunden und als Lagerleitung des Ferienlagers. Sie ist gespannt auf viele neue Erfahrungen und freut sich, neue nette Leute kennenzulernen.

BUFONACHGEDACHT

Unser Text für das „Nachgedacht“ kommt dieses Mal von Christella Winkler, Bildungsreferentin der KLJB Augsburg christella.winkler@kljb-augsburg.de

Wer als Kind deutscher Eltern hier auf die Welt kommt, macht sich um seine Staatsangehörigkeit meist nur wenig Gedanken. Für ihn* sie ist es selbstverständlich, von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Dabei bestimmt Staatsbürgerschaft maßgeblich das Schicksal eines Menschen mit. Über Bildung, Chancen, Freiheit, Partizipation, Gesundheit, Sicherheit, Erfolg und persönliches Glück entscheidet auch die Zugehörigkeit zu einem Staatsvolk. Denn Staatsangehörigkeit ist so etwas wie eine Mitgliedschaft in einem Staat. Mit ihr sind bestimmte Rechte und Pflichten verknüpft. Je nach Land unterscheiden sich diese. Besonders benachteiligt sind Personen ohne Staatsangehörigkeit. Theoretisch dürfte es sie gar nicht geben. Staatenlose leben rechtlich in einer Art Schattenwelt und erfahren dadurch erhebliche Einschränkungen. Obwohl Staatsangehörigkeit derart relevant in unserem Leben ist, setzen wir uns selten mit ihr auseinander. Deshalb finde ich es gut, dass dieses BUFO sich dem Thema Staatsbürgerschaft annimmt.



Christella Winkler
Bildungsreferentin
KLJB Augsburg
christella.winkler@kljb-augsburg.de
[@kljb-augsburg.de](https://www.instagram.com/kljb-augsburg.de)



KLJB-MERCHANDISING

Viele tolle KLJB-Materialien gibt es im Shop des Landjugendverlags!
Habt ihr schon unsere Brotdosen und Picknickdecken entdeckt?
Besuche uns auf www.kljb.org/landjugendverlag

Weiterhin erhältlich sind auch unsere öko-fairen Textilien auf
www.lamulamu.de

